

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	02.03.05

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2005

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Jürgen Heinemann, Herr Horst-Emil Ellinghaus, Frau Claudia Langenfeld, Frau Sabine Schmidt

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Frau Christa Stuhldreiter, Frau Renate Warnecke

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Gabriele Mahnert

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Christoph Grüneberg (WfW-Frakt.), Herr Dr. Dirk Krüger (PDS-Frakt.), Herr Manfred Todtenhausen (FDP-Frakt.)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritas in Wuppertal), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Herr Günter Schwarz (Jugendring), Herr Jürgen Regneri (Jugendring), Herr Günter Schmalenbeck (Jugendring, bis 17.41 Uhr, TOP 4), Herr Joachim Marasus (Jugendring, ab 17.42 Uhr)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Monika Lottmann (DPWV), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz, bis 18.07 Uhr, TOP 4), Frau Helena Wendt (Gesamtelternrat der Kindergärten & Tagesstätten Wuppertal), Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche), Frau Christina Rogusch (Schulen), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Herr KHK Michael Dreiseitel (Polizei, bis 17.20 Uhr, TOP 4), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend u. Integration)

als Vertreter der Jugendräte

Andreas Helsper, Annika Sander

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Uwe Temme (Res. 201 - Jugendamt u. Soziale Dienste), Frau Friederike Krentz (Res. 201.0 - FB Kinder- u. Jugendhilfe), Frau Christine Schmidt (Res. 201 - Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder), Frau Sabine Fahrenkrog (SB 206 – Schulen), Herr Dieter Verst (SB 208 - Jugend & Freizeit), Herr Peter Krieg (SB 208 - Jugend & Freizeit)

Schriefführer: Norbert Korte

Beginn: 16.05 Uhr Sitzungsunterbrechung von 17.10 – 17.15 Uhr

Pause von 17.20 – 17.25 Uhr

Ende: 18.32 Uhr

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von **Herrn Dr. Krüger** zu folgen und in dieser Sitzung auch über die künftig nicht mehr mögliche kostenlose Mittagsverpflegung für Wuppertalpass-Inhaber/innen in Ganztagschulen zu diskutieren.

Der vor der Sitzung ausgelegte Antrag des Gesamtelternrates der Kindergärten & Tagesstätten Wuppertal zur Schließung des Hortes Wilhelm-Hedtmann-Straße im Zusammenhang mit der Einführung der Ganztagsbetreuung an der Fritz-Harkort-Schule in Langerfeld wird ebenfalls einvernehmlich als neuer Tagesordnungspunkt 4.6 behandelt.

I. Öffentlicher Teil

1 Vorstellung der Kath. Familienbildungsstätte

Frau Sturm-May stellt die Arbeit der Kath. Familienbildungsstätte vor. Weitergehendes Informationsmaterial ist bereits vor der Sitzung ausgelegt worden. Sie weist darauf hin, dass der Wuppertalpass ein wichtiges finanzielles Instrument darstellt, um auch die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, die sonst die Angebote der Kath. Familienbildungsstätte nicht wahrnehmen würden.

2 Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.04

Herr Heinemann weist darauf hin, dass in der Auflistung der verpflichteten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (TOP 2) Frau Schmidt fehlt. Die Stellvertreterin von Herrn Geisendörfer sei aber bereits in der letzten Sitzung verpflichtet worden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Gegen die Niederschrift werden ansonsten keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit unter Berücksichtigung dieser Änderung als genehmigt.

3 Anliegen der Jugendräte

Jugendrat **Andreas Helsper** berichtet über die Zusammenkunft und Schulung der Jugendräte in Hattingen.

Jugendrätin **Annika Sander** stellt die Arbeitsschwerpunkte wie den Öffentlichen Nahverkehr und die Veranstaltung von Events, Partys und Konzerten vor, mit denen sich die Jugendräte in der neuen Legislaturperiode besonders befassen wollen. Für den 8. Mai werde eine Gegendemonstration zur NPD-Aktion in Dresden geplant.

4 Offene Ganztags-Grundschule

4.1 Erste Bilanz zur Offenen Ganztags-Grundschule aus Sicht der Kooperationspartner

Herr Arens hält die Partnerschaft zwischen den Schulen und den Trägern der freien Jugendhilfe noch für verbesserungsbedürftig. Die jährlich für jede Gruppe zur Verfügung stehenden 41.700 € reichten nur für ein Minimalangebot aus. Auf die Elternwünsche könne vor diesem Hintergrund nicht eingegangen werden. Wichtig sei es auch, dass alle Kinder unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihrer Eltern am Mittagessen teilnehmen könnten.

Der **Vorsitzende** erteilt **Frau Müller** für einen Erfahrungsbericht das Wort, die für den Caritasverband in der offenen Ganztagsbetreuung an der Sankt Antonius-Schule in Barmen (Zur Schafbrücke 30) tätig ist.

Die Ganztagsbetreuung werde sowohl von den Kindern als auch von deren Eltern gut angenommen. Dies merke man auch an der Tatsache, dass an der Sankt-Antonius-Schule für das nächste Schuljahr **Bedarf** für eine 3. und 4. Gruppe angemeldet worden sei.

An der Sankt-Antonius-Schule habe man sich für **Angebote** unter dem Motto „Gesunde Schule – bewegte Schule“ entschieden. Mit Blick auf den hohen Anteil von Kindern (ca. 35 - 40 der 52 Kinder!), deren Eltern aufgrund eigener mangelnder Kenntnisse nicht in der Lage sind, ihr Kind bei den **Hausaufgaben** zu unterstützen, solle der Schwerpunkt vor allem auf die Hausaufgabenhilfe gelegt werden. Dies sei auch der immer wieder vorgebrachte Wunsch der Eltern bzw. deren Anforderung an eine Offene Ganztags-Grundschule (OGGS).

Der Caritasverband beschäftige an der OGGS St. Antonius derzeit **Personal** mit einem wöchentlichen Volumen von 98 Stunden. Davon würden 35 Std. durch zwei Erzieherinnen geleistet. Obwohl der Caritasverband damit bereits 5 Fachstunden mehr einbringe, als die Kooperationsvereinbarung der Stadt Wuppertal mit den freien Trägern vorsehe, reiche dieses Volumen nicht aus. Zur Sicherung der Qualität und der kontinuierlichen und verlässlichen Beziehung der Kinder sollte ein Mindeststandard von 40 Fachstunden für die Betreuung von 52 Kindern nicht unterschritten werden.

Bei einer Öffnungszeit von mindestens 25 Std./Woche dürften nicht nur Mitarbeiterinnen vor Ort sein, die aufgrund ihres Stundenumfangs als Honorarkräfte oder Geringfügigbeschäftigte die Kinder im Schnitt nur an 2 Tagen in der Woche für 10 – 12 Stunden sehen.

Das Startjahr 2004/2005 sei vor allem geprägt gewesen von der Raumplanung und der zeitintensiven Einrichtung und Ausstattung der Räumlichkeiten. Wegen des bisher nicht umgesetzten **Raumkonzeptes** müsse an der Sankt-Antonius-Schule weiterhin improvisiert werden.

Das **Mittagessen** gebe der Caritasverband an der Sankt-Antonius-Schule für 2,35 € aus. Ob sich dieser Preis halten lasse, könne jetzt noch nicht gesagt werden. Obwohl die meisten Eltern angeben würden, dass das Essen den Preis „wert“ ist, habe die Caritas derzeit Rückstände von ca. 1.500 €. Auch andere Verbände würden über hohe Rückstände klagen.

Die angebotene **Ferienbetreuung** sei an der Sankt-Antonius-Schule von rund der Hälfte der Kinder wahrgenommen worden (ca. 25 von 52 Kindern). Es lasse sich noch nicht absehen, wie sich die Kosten für die Ferienbetreuung bei steigender Nachfrage entwickeln würden. Sie ständen aber bereits jetzt in einem sehr un-

günstigen Verhältnis zu den Kosten während der Schulzeit.

Die **Zusammenarbeit** von Schule und Kooperationspartner vor Ort sei sehr gut. In der an der Sankt-Antonius-Schule gegründeten Steuerungsgruppe zum Offenen Ganztags habe man seitens des Lehrpersonals und der Betreuungskräfte darauf hingewiesen, dass für die Entwicklung von gemeinsamen Zielen gemeinsame Fachtagungen und Fortbildungen hilfreich wären.

Jetzt müsse über eine transparentere Gremienstruktur und die weitere Vernetzung der beiden Systeme Schule und Jugendhilfe nachgedacht werden, um eine angemessene Beteiligung der öffentlichen und freien Jugendhilfe am Prozess der Offenen Ganztags-Grundschule zu gewährleisten.

4.2 **Finanzierung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich (OGGS) in den Schuljahren 2005/2006 ff** **Vorlage: VO/0086/05**

An der Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Herr Heinemann, Herr Dr. Krüger, Herr Dr. Hamburger, Frau Mahnert, Herr Dr. Kühn, Frau Rogusch, Herr Schwarz, Frau Fahrenkrog, Herr Schmalenbeck, Frau Wendt, Herr Arens und Frau Warnecke.

Herr Dr. Krüger hält den pädagogischen Wert der Offenen Ganztags-Grundschule für fragwürdig. Sie seien eher „bessere Suppenküchen“. Der Schwerpunkt müsse auf der Unterstützung bei den Hausaufgaben durch Lehrer/innen liegen. Mütter und die Erzieherinnen aus den Horten seien hierfür nicht geeignet.

Herr Dr. Hamburger setzt sich dafür ein, den bisherigen Weg trotz der vorhandenen Schwierigkeiten weiterzugehen und die Zusammenarbeit voranzutreiben.

Nach Auffassung von **Herrn Dr. Kühn** sind die Erzieherinnen aus den Horten Fachkräfte, die die Kinder im notwendigen Umfang bei den Hausaufgaben unterstützen können.

Frau Fahrenkrog antwortet auf eine Frage von **Herrn Schwarz**. Für die Ganztagsbetreuung angemeldete Kinder müssten das Angebot grundsätzlich auch wahrnehmen. Falls sie während der Betreuungszeit auch noch an anderen Angeboten teilnehmen möchten, sei dies aber nach vorheriger Abmeldung bei der Schulleitung möglich.

Frau Wendt weist darauf hin, dass die Horte jedes Jahr nur 3 Wochen geschlossen sind. Sie setzt sich deshalb dafür ein, die jetzige Regelung für eine siebenwöchige Betreuung während der Ferienzeit nicht zu ändern.

Herr Arens sichert für dieses Schuljahr eine siebenwöchige Betreuung während der Ferienzeit zu. Für das nächste Schuljahr könne eine Betreuungszeit in diesem Umfang aus Kostengründen aber nicht mehr zugesagt werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

1. Der Ausbau der offenen Ganztagschule im Primarbereich wird gemäß Grundsatzbeschluss des Rates vom 15.12.2003 (VO/2232/03) in den Schuljahren 2005/06, 2006/2007 und 2007/2008 vorgenommen. Zur Deckung des verbleibenden Defizits für das Schuljahr 2007/2008 und folgende in Höhe von jährlich bis zu 94.000 € wird der Stadtbetrieb Schulen beauftragt, einen Deckungsvorschlag zu erarbeiten.
2. Der Rat beschließt die von der Verwaltung überarbeitete Entgeltordnung für

die Offene Ganztagschule im Primarbereich für die Schuljahre 2005/06 ff.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anträge auf investive Fördermittel und auf Projektfördermittel zu erarbeiten und der Bezirksregierung bis spätestens zum 30.04.2005 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

- Zu Punkt 1, Satz 1: Einstimmigkeit
- Zu Punkt 1, Satz 2: Einstimmigkeit mit dem Auftrag an die Verwaltung, das ausgewiesene Defizit zu aktualisieren.
- Zu Punkt 2: Einstimmigkeit unter Einbeziehung des Mehrheitsbeschlusses zu TOP 4.4 (gemeinsamer Antrag der SPD-Frakt. u. der Frakt. Bündnis 90/Die Grünen zu § 4 der Entgeltordnung)
- Zu Punkt 3: Einstimmigkeit mit dem Auftrag an die Verwaltung, die Frage zu klären, inwieweit für Investitionen gewährte Landesmittel von den freien Trägern zurückgezahlt werden müssen, wenn der Kooperationsvertrag von einem der beiden Partner gekündigt wird.

4.3 Ausbau der Offenen Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2005/2006 Vorlage: VO/0105/05

Frau Fahrenkrog berichtet über den Stand der Vorbereitungen. Bisher hätten drei Gesprächsrunden mit den Schulen stattgefunden. Alle Schulen seien trotz der vorhandenen Schwierigkeiten weiterhin an einer Umwandlung zur offenen Ganztagschule interessiert.

Herr Dr. Kühn erinnert an den Beschluss des Rates vom 16. Febr. des vergangenen Jahres, nach dem Hortgruppen nur dann geschlossen werden, wenn für die betroffenen Kinder ein Betreuungsplatz in einer Offenen Ganztagschule ortsnah angeboten werden kann. Hinsichtlich der Fritz-Harkort-Schule in Langerfeld sei man „auf einem guten Weg“. Die noch bestehenden „kleinen Fragezeichen“ müssten aber bis zur kommenden Ratssitzung am 28. Febr. ausgeräumt werden.

Frau Wendt verweist auf den ausliegenden Antrag des Gesamtelternrates der Kindergärten & Tagesstätten, den Hort Wilhelm-Hedtmann-Straße noch nicht - wie vorgesehen - im Zuge der Ganztagesbetreuung an der Fritz-Harkort-Schule zum 31.07.05 zu schließen. Vieles sei noch unklar, der Fußweg für die Kinder zu lang und wegen des hohen Verkehrsaufkommens auch zu gefährlich. Nach ihrer Auffassung wäre beispielsweise die Grundschule Dieckerhoffstr. als Standort für eine offene Ganztagschule eher geeignet.

Der **Vorsitzende** unterbricht die Sitzung, um drei Elternvertretern des Hortes Wilhelm-Hedtmann-Straße die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zu geben.

Frau Noja fühlt sich von der Verwaltung „hingehalten“. Sie unterstützt die bereits von Frau Wendt vorgetragene Argumente gegen eine Schließung. Außerdem wünscht sie, dass die Kinder weiterhin von den ihnen bekannten Erzieherinnen aus dem Hort betreut werden.

Unterbrechung der Sitzung von 17.10 - 17.15 Uhr

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Entgegennahme ohne Beschluss

4.4 Änderungsantrag zu VO/0086/05: Finanzierung der Offenen Ganztagsgrundschule - gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2005 - Vorlage: VO/0206/05

Frau Warnecke erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Den beiden unteren Einkommensgruppen könne nicht zugemutet werden, Beiträge in der vorgeschlagenen Höhe zu bezahlen.

Herr Heinemann erläutert den Antrag seiner Fraktion. Nach Auskunft der Fachverwaltung sei es nicht möglich, die zu erwartenden Einnahmeausfälle anderweitig auszugleichen.

Frau Mahnert, Herr Schwarz und Herr Dr. Krüger unterstützen die Auffassung von Frau Warnecke.

Der **Vorsitzende** betont, dass auch seine Fraktion inhaltlich dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmt. Aufgrund der Gebühren könnten nicht alle Kinder erreicht werden, die man eigentlich erreichen wolle. Die finanziellen Möglichkeiten der Stadt ließen aber keine andere realistische Möglichkeit zu. Der Fehlbetrag müsse sonst vom Geschäftsbereich Kultur, Bildung & Sport aufgebracht werden.

Frau Warnecke weist darauf hin, dass die gesetzliche Verpflichtung besteht, etwaige Vermittlungshemmnisse bei den Empfänger/innen des neuen Arbeitslosengeldes II zu beseitigen. Dazu gehöre auch, für die Betreuung der Kinder zu sorgen. Der Fehlbetrag könne deshalb über die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel ausgeglichen werden.

Frau Fahrenkrog gibt auf Nachfrage von **Herrn Arens** zu bedenken, dass die Schulverwaltung 3 Monate gebraucht hat, um ein vom Kämmerer akzeptiertes Finanzierungskonzept zu erarbeiten.

Frau Güster betont, dass die politischen Gremien frei in ihrer Entscheidung sind. Es dürfte kein Kind aus finanziellen Gründen vom Angebot der offenen Ganztags-Grundschule ausgegrenzt werden.

Der **Vorsitzende** lässt über die Verwaltungsvorlage VO/0086/05 in Verbindung mit dem gegenüber dem CDU-/FDP-/WfW-Antrag weitergehenden gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

In § 4 Absatz 1 der Entgeltordnung wird die Stufe 6 für Vollzahler und für Geschwisterkinder auf jeweils 0,- € und die Stufe 5 für Vollzahler auf 20 € und für Geschwisterkinder auf 10 € festgesetzt.

Abstimmg.-Ergebnis: 7 Ja-, 5-Nein-Stimmen (CDU-Fraktion), 3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

4.5 Änderungsantrag zu VO/0086/05: Finanzierung der Offenen Ganztagschule Antrag der Fraktionen von CDU, FDP u. WfW vom 8.2.05 Vorlage: VO/ 0204/05

Mit der Annahme des weitergehenden Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erübrigte sich eine Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und WfW.

4.6 Aufhebung der Schließung des Hortes Wilhelm-Hedtmann-Straße
Vorlage: VO/0289/05

Siehe Diskussion zu Tagesordnungspunkt 4.2 (Drs.-Nr. VO/0105/05)

5 Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeitsprüfung
Vorlage: VO/0089/05

Frau Güster bittet die Verwaltung, von Zeit zu Zeit über die Umsetzung der in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen zu berichten.

Der **Vorsitzende** weist auf die vor der Sitzung ausgelegte Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann hin.

Herr Grüneberg bemängelt, dass die vorgesehenen Maßnahmen nur in der Begründung und nicht im Beschlussvorschlag genannt werden.

Frau Mahnert drängt darauf, aus den unter Punkt B aufgeführten Leitlinien möglichst schnell auch konkrete Ziele für die Zukunft abzuleiten.

Herr Dr. Kühn erläutert das Verfahren. Die Leitlinien würden in jedes planerische Vorhaben mit einfließen. Die unterschiedlichen Nutzungsinteressen müssten dann im Einzelfall gegeneinander abgewogen werden.

Es besteht Einvernehmen, unter diesem Tagesordnungspunkt auch die zu Beginn der Sitzung von **Herrn Dr. Krüger** gestellten Fragen zur künftig nicht mehr kostenlosen Mittagsverpflegung für Wuppertalpass-Inhaber/innen in den 10 Schulen mit Ganztagsunterricht zu behandeln.

Herr Dr. Kühn sieht es als positiv an, dass die mit dem Wuppertal-Pass verbundenen freiwilligen städtischen Leistungen trotz der mit dem Haushaltssicherungskonzept verbundenen Einschränkungen weitergewährt werden können. Durch das neue Arbeitslosengeldes II erhöhe sich der Personenkreis der Anspruchsberechtigten auf einen Wuppertal-Pass jedoch um ca. 25 %. Im Zuge der Einführung der Offenen Ganztags-Grundschule würde darüber hinaus künftig an 35 weiteren Schulen ein Mittagessen angeboten. Mehr als die bisher für die kostenlose Mittagsverpflegung zur Verfügung stehenden 200.000 € könne es aber nicht geben. Um Ungerechtigkeiten bei der Entgeltregelung zu vermeiden, müssten jetzt alle Anspruchsberechtigten einen Teil der Kosten selbst tragen. Die vorgeschlagene Lösung sei sicherlich nicht ideal. Eine andere Möglichkeit sehe die Verwaltung jedoch angesichts des fehlenden Gestaltungsspielraums der Stadt nicht.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung aufgeführten Maßnahmen umzusetzen.

Einstimmigkeit

6 Jugendhilfeplanung Offene Kinder- und Jugendarbeit
Stadtbezirke Oberbarmen, Heckinghausen und Langerfeld-Beyenburg
Vorlage: VO/0071/05

Herr Heinemann sieht die Jugendhilfepläne für die offene Kinder- und Jugendarbeit als eine sehr wertvolle Hilfe für die Bezirksvertretungen an.

Es besteht Einvernehmen, die Vorlage zur Vorberatung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu überweisen.

**7 Betriebskostenzuschüsse 2005 an freie Träger offener Jugendeinrichtungen
Vorlage: VO/0186/05**

Frau Richling verweist auf die letzte Spalte der Anlage, in der die finanziellen Eigenanteile der einzelnen Träger aufgeführt sind, die wesentlich über den Mindesteigenanteil hinausgehen. Erfreulich sei, dass die städtischen Zuschüsse nicht zur Disposition stehen. Auch das Land komme seinen Verpflichtungen wie bisher nach. Insofern habe die Volksinitiative etwas bewirkt.

Herr Verst antwortet auf eine Frage von **Herrn Regnieri**. Das Land werde seinen neuen Kinder- und Jugendförderplan des Landes voraussichtlich erst nach der Landtagswahl im Mai vorgestellt. Auf dieser Basis könne die Verwaltung dann bis zum Herbst/Winter die Planungen für Wuppertal aufbauen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Im Rahmen der Richtlinien über die Förderung der offenen Jugendarbeit der Stadt Wuppertal und der im Haushaltsplan 2005 vorgesehenen Mittel bei der Haushaltsstelle 4600-718.0000 werden an die freien Träger der offenen Jugendeinrichtungen Betriebskostenzuschüsse gemäß Anlage 1 gewährt.

Einstimmigkeit

**8 Fortsetzung Brandschutzsanierung Haus der Jugend Barmen
(Lüftungsanlage und Notstrom)
Vorlage: VO/0173/05**

Frau Güster bedauert, dass der im Rahmen des Regionale-Projektes Kulturachse Barmen geplante Umbau des Hauses der Jugend nicht umgesetzt werden kann.

Herr Dr. Kühn widerspricht der Auffassung von **Herrn Todtenhausen**, dass die als Anlage beigefügte Zeitplanung bisher schon nicht eingehalten worden ist.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Der Durchführung der notwendigen Brandschutzmaßnahmen im Haus der Jugend Barmen - Erneuerung der Lüftungsanlage für das Saalgeschoss sowie die Installation einer Notstromversorgung für die Entrauchungs- und Sprinkleranlage – wird entsprechend der mit der Bauordnung und der Feuerwehr abgesprochenen Terminplanung mit Gesamtbaukosten von 1,25 Mio. € zugestimmt. Die Maßnahmen sind bis August 2006 fertigzustellen.

Für die aus brandschutzrechtlichen Gründen zwingend notwendigen Maßnahmen wird im Vermögenshaushalt 2005 bei der Position 6010-925.0001 ein Betrag von 400.00,- € überplanmäßig bereitgestellt; für 2006 ist ein Betrag von 850.700,- € einzuplanen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept und eine Planung für einen weitergehenden Umbau des Hauses der Jugend zu entwickeln und beim Land einen entsprechenden Förderantrag zu stellen.

Einstimmigkeit

9 Tageseinrichtungen für Kinder

9.1 **Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder - 4. Fortschreibung – Vorlage: VO/3387/04**

Herr Arens beantragt,

- die 1999 beschlossene 30-%ige Bedarfsquote für Tagesstättenplätze auf zweijährige Kinder auszudehnen,
- die Bedarfsquote für integrative Plätze ebenfalls auf zweijährige Kinder auszudehnen und gleichzeitig von 1,5 auf 2,0 % zu erhöhen (Punkt 3 der Verwaltungsvorlage)

Herr Dr. Kühn schränkt ein, dass sich die mit veränderten Bedarfsquoten verbundene Notwendigkeit zur Schaffung zusätzlicher Plätze nur im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets bewegen kann und die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz nicht außer Acht gelassen werden darf.

Frau Mahnert plädiert dafür, den Bedarfsplan unabhängig von der heutigen Beschlussfassung zur Entwicklung neuer Leitlinien an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu verweisen.

Auch **Frau Güster** spricht sich dafür aus, den Bedarfsplan als „Gesamtpaket“ im Unterausschuss zu behandeln.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass mit der Beschlussfassung über eine höhere Bedarfsquote bei den integrativen Plätzen, die Verwaltung die Möglichkeit erhalten würde, die vorliegenden Anträge verschiedener Träger bereits jetzt positiv zu bescheiden.

Der **Vorsitzende** lässt über die Verwaltungsvorlage in Verbindung mit dem Antrag von Herrn Arens abstimmen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

1. Die 4. Fortschreibung des Bedarfsplans für Tageseinrichtungen für Kinder wird gemäß der Anlage aufgestellt.
2. Die Bedarfsquote für schulpflichtige Kinder bis zum 10. Lebensjahr in Tageseinrichtungen für Kinder wird verändert und auf 5 % festgelegt.
3. Für integrative Plätze wird eine Bedarfsquote von 2,0 % für Kinder von 2 Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht festgesetzt. Die bis zum Jahr 2007 zusätzlich benötigten Plätze in integrativen Einrichtungen sind durch Umwandlungen zur Verfügung zu stellen. Grundlage für die Bedarfsplanung sind die Wuppertaler Stadtbezirke, in denen mittelfristig der Rechtsanspruch erfüllt wird.
4. Für die Betreuung unter dreijähriger Kinder ist ein detailliertes Handlungsprogramm zu erstellen, welches sowohl die Ziele und Vorschläge zur Umsetzung im Hinblick auf die benötigten Plätze und die verfügbaren finanziellen Ressourcen beinhaltet, als auch den aktuellen Ausbaustand regelmäßig dokumentiert.
5. Für Kinder im Alter von zwei Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht in Tagesstättengruppen wird die Bedarfsquote auf 30 % festgesetzt.
6. Der Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder wird zur inhaltlichen Weiterentwicklung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen.

Einstimmigkeit

Damit ist die 4. Fortschreibung des Bedarfsplanes unter Einbeziehung des Änderungsantrages von Herrn Arens beschlossen.

**9.2 Schließung einer Gruppe in der städt. Tageseinrichtung für Kinder Schöll-
weg 11a Vorlage: VO/0054/05**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Der Schließung einer Gruppe in der städtischen Tageseinrichtung für Kinder Schöll-
lerweg 11a ab 01.08.2005 wird zugestimmt.

Einstimmigkeit

**9.3 Umwandlung von Gruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: VO/0053/05**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.05

Der Umwandlung von 2 Gruppen in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder zum
01.03.2005 wird gemäß Anlage - vorbehaltlich der Genehmigung des Landesju-
gendamtes - zugestimmt.

Einstimmigkeit

**9.4 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses an den Verband Evang.
Kindertagesstätten im Kirchenkreis Barmen (VeKiB) für die Erstausrüstung
der Tageseinrichtg. für Kinder Westkotter Str. 183 b Vorlage: VO/0074/05**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Dem Verband Evangelischer Kindertagesstätten im Kirchenkreis Barmen (VeKiB)
wird zu den Kosten der Erstausrüstung der Tageseinrichtung für Kinder Westkotter
Str. 183 b ein Zuschuss in Höhe von 29.745,00 EUR gewährt.

Einstimmigkeit

**9.5 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses an den Verein Waldorfhaus
e.V. Vorlage: VO/0077/05**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Dem Verein Waldorfhaus e.V. wird zu den Kosten der Erstausrüstung der neu
erbauten Tageseinrichtung für Kinder Schluchtstr. 19 ein Zuschuss in Höhe von
12.692,-- € gewährt.

Einstimmigkeit

10 Öffentliche Anerkennung des Vereins startpunkt e.V. als Träger der freien Jugendhilfe Vorlage: VO/0032/05

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von **Herrn Dr. Kühn** zu folgen und eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege und des Jugendrings zu bilden. Die Arbeitsgruppe soll detaillierte sachliche Kriterien für die Beurteilung der Anträge auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe erarbeiten.

Die Entscheidung über den Antrag des Vereins Startpunkt e.V. auf Anerkennung wird bis zur Erarbeitung dieser Beurteilungskriterien zurückgestellt.

11 Konkretisierung der globalen Minderausgaben aus dem Haushaltssicherungskonzept 2004 Vorlage: VO/0065/05

Herr Dr. Krüger setzt sich dafür ein, den Projektzuschuss im Zusammenhang mit dem Masterplan Gewerbeparks (HHSt. 7910-715.0300) weiter zu kürzen. Er zweifelt, ob ein Zuschuss überhaupt notwendig ist.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nur über die in seine Zuständigkeit fallenden Positionen des Einzelplanes 4 beraten kann.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 15.02.2005:

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen, die Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Hauptausschuss und Rat der Stadt weiterzugeben.

12 Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rahmenvertrages zur Neuordnung der Sozialen Dienste - NOSD 2-Vertrag Vorlage: VO/0189/05

Frau Lottmann erklärt, dass der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) den Vertrag nicht mit unterschreiben wird.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass nur ein bereits bestehender Vertrag geändert wird. Insofern könnten auch keine neuen Träger mit in den Vertrag einbezogen werden. Die Vertragsänderung sei u.a. deshalb notwendig, um die vom Rat der Stadt im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes beschlossenen Kürzungen umsetzen zu können.

Es besteht Einvernehmen, die vor der Sitzung ausgelegte Vorlage heute nur als eingebracht zu betrachten und erst in der nächsten Sitzung zu behandeln.

13 Wünsche und Anregungen

Herr Arens bittet die Verwaltung für die nächste Sitzung um einen Bericht zu den auf Wuppertal zukommenden Verpflichtungen durch das neue Tagesbetreuungsgesetz für unter dreijährige Kinder.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass mit dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) wesentliche Aufgaben der Hilfen für arbeitslose Jugendliche auf die Arbeitsgemeinschaft mit der Arbeitsagentur Wuppertal übergegangen sind. Nach den gesetzlichen Vorschriften gehöre aber nur ein Vertreter der Arbeitsagentur dem

Jugendhilfeausschuss als beratendes Mitglied an. Es sei deshalb sinnvoll, in den Fraktionen darüber nachzudenken, ob nicht auch ein Vertreter/eine Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen sollte.

II. Nichtöffentlicher Teil

Kein Tagesordnungspunkt!

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer